

Niederschrift

über die 6. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haushaltskonsolidierungsausschusses am Montag, 16.05.2011 um 17:00 Uhr, im
Rathaus, Raum 100

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Thomas Remih

FDP

Ratsmitglieder

Herr Hans-Georg Bader

SPD Vertretung für Frau Alkenings

Herr Hans-Werner Schneller

SPD

Herr Dr. Peter Schnatenberg

BA/CDf

Herr Udo Weinrich

BA/CDf

Herr Klaus-Dieter Bartel

Grüne

Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann

dUH

Sachkundige Bürger/innen

Frau Ute-Lucia Krall

CDU

Beratendes Mitglied nach § 58 I GO

Herr Dr. Heimo Haupt

Freie Liberale

Von der Verwaltung

Herr Bürgermeister Horst Thiele

Herr Beig. Reinhard Gatzke

Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete

Frau Dorothee Arnold

Frau Anke Maurer

Herr Michael Witek

Frau Claudia Rehag

Frau Hannelore Zangl

Personalrat

stv. Gleichstellungsbeauftragte

Gäste

Herr Friedhelm Burchartz

Freie Liberale

Herr Rudolf Joseph

FDP bis 18.03 Uhr

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Festsetzung eines Ordnungsgeldes, hier: Antrag des Ratsmitgliedes Dr. Peter Schnatenberg vom 23.02.2011 WP 09-14 SV 01/056
- 3 Durchführung einer externen Organisationsuntersuchung der Gesamtverwaltung zur langfristigen Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Hilden
- 4 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 5 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Zu Beginn der Sitzung wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Remih, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter der Verwaltung, die Gäste und den Pressevertreter. Er stellte fest, dass zu der Sitzung rechtzeitig eingeladen war und die Beschlussfähigkeit gegeben sei.

Änderungen zur Tagesordnung

Auf Antrag des Rm Weinrich wurde der TOP 8 „Vortrag zur externen Organisationsuntersuchung“ einstimmig in den öffentlichen Teil verschoben, da es keinen zwingenden Grund für eine Behandlung im nichtöffentlichen Teil gab.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde hat sich niemand gemeldet.

1 Befangenheitserklärungen

Der Vorsitzende Herr Remih erklärte seine Befangenheit zu TOP 2, er wolle für diesen Punkt den Vorsitz auf seine Stellvertreterin Frau Alkenings abgeben und sich als Ausschussmitglied durch Herrn Joseph vertreten lassen. Da diese aber nicht zugegen war, beantragte Herr Dr. Schnatenberg die Behandlung des Antrags zu vertagen.

Diesem Vorschlag wurde einstimmig gefolgt.

2 Festsetzung eines Ordnungsgeldes, hier: Antrag des Ratsmitgliedes Dr. Peter Schnatenberg vom 23.02.2011

WP 09-14 SV 01/056

Dieser TOP wurde vertagt (s. Niederschrift zu TOP 1).

3 Durchführung einer externen Organisationsuntersuchung der Gesamtverwaltung zur langfristigen Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Hilden

Den aktuellen Stand der Untersuchung stellte der geschäftsführende Gesellschafter des Beratungsunternehmens BSL, Herr Lock, vor. Daneben war sein Mitarbeiter Herr Boeck anwesend. Auf Wunsch von Rm Prof. Dr. Bommermann soll die Präsentation vollständig dem Protokoll angefügt werden.

Nach Ende der Präsentation erklärte Rm Bartel, dass ihm der einzusparende Betrag von 7,5 Mio. Euro zu hoch erscheine. Er äußerte seine Verwunderung darüber, dass eine Erhöhung der Hebesätze scheinbar tabu sei. Man müsse alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausnutzen.

Herr Lock entgegnete, dass die Hebesätze nicht tabu seien, ein solcher Vorschlag aber nicht aus seinen Reihen kommen würde. Dies gehöre nicht zum Verständnis seines Unternehmens, für eine Entscheidung über die Anhebung der Hebesätze sei kein externer Berater nötig, das könne die Politik alleine entscheiden. Zur Höhe der Einsparungsvorschläge erklärte er, dass in den 7,5 Mio. ein Puffer enthalten sei, der der Politik und der Verwaltung einen Entscheidungsspielraum ermöglichen solle.

RM Schneller verwies auf die Finanzplanung, in der die für 2014 angepeilte „schwarze Null“ doch ohnehin schon vorgesehen sei.

Herr Lock erklärte, das Defizit in 2012 sei der Maßstab für die Untersuchung. Er machte darauf aufmerksam, dass die Umsetzung der Vorschläge das eigentliche Problem darstelle, da nicht sofort Vorschläge in Höhe des Einsparvolumens realisiert werden könnten.

Rm Prof. Dr. Bommermann erinnerte daran, dass Hilden bereits eine Firma an die Stadt Langenfeld „verloren“ habe. Um weiteren Abwanderungen vorzubeugen müsse man über die Ausgabenseite und nicht über die Einnahmenerhöhung nachdenken.

Rm Weinrich erklärte, dass der Gutachter das darstelle, was seine Fraktion auch bereits gesehen

habe. Heute müssten aber einvernehmlich Ziele festgelegt werden. Seine Fraktion werde Steuererhöhungen nicht mitmachen, das sei ein schlechtes Signal an die Öffentlichkeit. Er erkundigte sich danach, ob die Ergebnisse der Straßenzustandserfassung und die damaligen Überlegungen zum Thema Kanalprivatisierung mit berücksichtigt seien. Wenn nicht, würde dies den Konsolidierungsbedarf noch weiter erhöhen.

Herr Lock bestätigte dies, ein möglicher Investitionsstau in diesen Bereichen wie auch in der Gebäudeunterhaltung werde berücksichtigt.

Frau Krall gab an, dass bereits seit längerer Zeit bekannt sei, wie viel eingespart werden müsste und dass dies selbstverständlich auch über die Personalaufwendungen zu regeln sei. Es dürfe nicht nur der kurzfristige Ausgleich des Haushalts 2012 betrachtet werden, sondern das Gutachten solle für die Zukunft rüsten. Es müsse zunächst „innen“ gespart werden bevor z.B. Steuererhöhungen realisiert würden.

Herr Dr. Haupt stellte ebenfalls fest, dass Konsequenzen im Hinblick auf die Ausgaben erfolgen müssten. Die Vorschläge der „Sparallianz“ seien vom Rat abgelehnt worden, nun müsse man sich auf Zielvorgaben zu Einsparungen festlegen.

Der Vorsitzende Herr Remih erklärte, dass die FDP-Fraktion keine Steuererhöhungen wolle, da es derzeit einen guten Branchenmix in Hilden gebe und die Firmen die Höhe der Gewerbesteuer mittlerweile als Standortentscheidung ansehen würden.

Rm Prof. Dr. Bommermann verwies auf die 5 Vorschläge auf S. 72 der Präsentation und schlug vor, nun auf dieser Basis die weitere Vorgehensweise festzulegen.

Nach einer kurzen Diskussion verständigte sich der Ausschuss darauf, über die vorgelegten Punkte 1 bis 3 gemeinsam und die Punkte 4 und 5 jeweils getrennt abstimmen zu lassen.

Rm Bartel teilte mit, dass er gegen alle Punkte stimmen werde, da seine Fraktion für eine Erhöhung der Hebesätze bereits im nächsten Jahr sei und somit ein Ausgleich nicht in dem Ausmaß über die vorgeschlagene Ausgabenseite nötig sei. Auf Nachfrage von Rm Dr. Schnatenberg über das richtige Verständnis dieser Aussage befürwortete Rm Bartel eine Steuererhöhung.

Herr Dr. Haupt erklärte, dass er – wäre er stimmberechtigt – für alle Punkte mit Ja votieren würde.

Es wurde vereinbart, dass die Präsentation als pdf-Datei sowie die Abstimmungsergebnisse am nächsten Tag an alle Ausschussmitglieder per Mail verschickt werden solle.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Beratungsfirma wurde im Anschluss an die Erörterung über den Vortrag über folgende Einzelaspekte abgestimmt:

1. Als Zielgröße sind 7,5 Mio. EUR anzustreben (9% des steuerbaren Volumens). Diese Zielgröße enthält einen Puffer von etwa 20%, um der Politik und dem Verwaltungsvorstand Raum für Prioritäten und Alternativen zu geben.
2. Diese Zielgröße ist bis Ende 2014 zu erreichen.
3. Im Fokus der Identifikation von Ergebnisverbesserungspotentialen steht die Aufwandsseite, d.h. die Senkung der ordentlichen Aufwendungen.
4. Eine Verbesserung der allgemeinen Erträge steht nicht im Mittelpunkt, d.h. keine Erhöhung der Steuereinnahmen durch Erhöhung der Hebesätze.

5. Die Maßnahmen sind auf beeinflussbare bzw. steuerbare Aufwandsarten zu konzentrieren.

Abstimmungsergebnis:

Über die Punkte 1-3 wurde zusammen abgestimmt:

Mehrheitlich beschlossen

SPD-Fraktion:	Ja
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Ja
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Nein
dUH-Fraktion:	Ja

Punkt 4:

Mehrheitlich beschlossen

SPD-Fraktion:	Nein
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	Ja
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Nein
dUH-Fraktion:	Ja

Punkt 5:

Mehrheitlich beschlossen

SPD-Fraktion:	Nein
CDU-Fraktion:	Ja
Fraktion BA/CDf:	1 Ja, 1 Enthaltung
FDP-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Nein
dUH-Fraktion:	Ja

4 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine

5 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Thomas Remih
Vorsitzender

Anke Maurer
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele
Bürgermeister